

## INLAND

## Gänswein wird Erzbischof

Rom – Papst Benedikt XVI. hat seinen langjährigen Privatsekretär Georg Gänswein, 56, zum Präfekten des Päpstlichen Hauses ernannt und ihn gleichzeitig zum Erzbischof erhoben. Wie der Vatikan am Freitag mitteilte, bekommt der neue Erzbischof das Titularbistum Urbisaglia in den Marken zugewiesen. Als Präfekt muss Gänswein künftig die Arbeitsabläufe des Papstes organisieren. Darunter fallen die General- und die Privataudienzen sowie Reisen des katholischen Kirchenoberhauptes in Italien und wichtige Zeremonien. Gänswein löst den zum Kardinal erhobenen James M. Harvey auf diesem Posten ab. Der aus Waldshut in Baden-Württemberg stammende Gänswein wurde 1984 zum Priester geweiht und schloss 1993 in München mit einer Arbeit über Kanonisches Recht sein Theologiestudium ab. Er ist ein enger Vertrauter des Papstes. Von 1996 an arbeitete er als persönlicher Sekretär von Joseph Ratzinger in dessen Jahren als Präfekt der Glaubenskongregation. Dann wurde er Privatsekretär des Papstes. Gänswein werde wahrscheinlich weiter Privatsekretär von Joseph Ratzinger sein, sagte Vatikan-Sprecher Federico Lombardi. DPA

## Stuttgart will nicht zahlen

Karlsruhe – Das Land Baden-Württemberg will den Gerichtsentcheid, wonach es vier früheren Sicherungsverwahrten Schmerzensgeld zahlen muss, nicht hinnehmen. Ein Sprecher der Generalstaatsanwaltschaft Karlsruhe sagte der Nachrichtenagentur ddpd, der Anwalt des Landes sei beauftragt worden, Revision einzulegen. Nun müsse der Bundesgerichtshof entscheiden, ob er die Revision zulasse. Das Oberlandesgericht (OLG) Karlsruhe hatte vergangene Woche entschieden, dass Baden-Württemberg vier einstigen Sexualstraf Tätern 240 000 Euro Schmerzensgeld für „überlange“ Unterbringung im Gefängnis zahlen muss. Das OLG wies damit die Berufung des Landes gegen ein entsprechendes Urteil des Landgerichts Karlsruhe zurück. DAPD

ANZIGER

## Biogas aus biogenen Reststoffen.

klima  
KÖNNER So geht ENERGIE.

## Marokkaner angeklagt

Karlsruhe – Die Bundesanwaltschaft hat einen 59 Jahre alten Deutsch-Marokkaner angeklagt, der in Deutschland lebende Oppositionelle an der marokkanischen Geheimdienst verraten haben soll. Laut Anklage spionierte der Angeklagte von 2007 bis 2012 für den marokkanischen Nachrichtendienst. Die Anklage wirft ihm geheimdienstliche Agententätigkeit vor und wurde vor dem Kammergericht Berlin erhoben. Dieses muss jetzt über die Eröffnung des Prozesses entscheiden. Nach den Ermittlungen verfügt der Mann über ein weitverzweigtes Kontaktnetz in Deutschland lebenden Marokkanern. Im Jahr 2007 habe er sich zur Agententätigkeit bereit erklärt. Bis 2012 habe er ununterbrochen seine Kenntnisse aus der marokkanischen Gemeinschaft, insbesondere über Demonstrationen oppositioneller Gruppierungen, weitergeleitet. DAPD

## „Koalitionsfrage offenlassen“

Berlin – Der Berliner SPD-Chef Jan Stöß plädiert mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2013 für ein Offenhalten der Koalitionsfrage. Er fände es „falsch, bestimmte Konstellationen auszuschließen“, sagte Stöß der Zeitung *Die Welt*. Er fügte hinzu: „Den Fehler machen wir nicht noch mal.“ In der Vergangenheit habe es stets der CDU genutzt, „dass immer nur die SPD sagen musste, mit wem sie nicht koalieren will“, betonte der Politiker, der zum linken Parteiflügel gezählt wird. „Es könnte trotz geringer inhaltlicher Schnittmengen auch Gespräche mit der FDP geben“, zitierte die Zeitung aus Berlin den Politiker. Zugleich betonte er seine Präferenz für eine rot-grüne Koalition. DAPD

## Bundeswehrverband warnt

Berlin – Der Bundeswehrverband sieht den Einsatz von 400 deutschen Soldaten an der syrischen Grenze mit großer Sorge. Angesichts der Spekulationen über ein internationales Eingreifen bei einem Chemiewaffeneinsatz des syrischen Machthabers Baschar al-Assad, stelle sich die Frage, „ob da etwas herbeigeredet werden soll“, sagte Verbandeschef Ulrich Kirsch der *Augsburger Allgemeinen*. „Eine Intervention wäre erst dann angemessen, wenn das Assad-Regime massiv Gift wie Sarin einsetzen würde“, sagte Kirsch und warnte vor einem Automatismus der Krise. Der Oberst forderte eine Debatte über die Risiken des Einsatzes. „Die Bundesregierung muss die offenen Fragen, die der Einsatz mit sich bringt, sehr schnell beantworten.“ Auch der Bundestag müsse sich mit allen Aspekten des Patriot-Raketenabwehr-Einsatzes beschäftigen. REUTERS



Sie fiebern sehnsüchtig dem Tag entgegen, an dem die Mutter und Ehefrau mit den zwei kleinen Geschwistern nach Deutschland zurückkehrt: Vater und Ehemann Ahmed Siala mit den Töchtern Amina (Mitte) und Nura.

FOTO: SWEN PFOERTNER/DAPD

## Langer, kalter Winter

Die harte Flüchtlingspolitik Niedersachsens hat eine junge Familie vor sieben Jahren auseinandergerissen. Kurz vor den Landtagswahl im Januar kommt die Wende: Die Frau darf mit den zwei jüngeren Kindern zurückkehren

VON STEFAN KLEIN

Weihnachten steht vor der Tür, auch eine Landtagswahl, und es sieht so aus, als wollten die Politiker in Niedersachsen gerade noch vorher eine Altschuld loswerden, die ein Schandfleck war von Anfang an. Ein Minister steht jetzt blamiert da, die Abgeordneten des Landtags können immerhin wieder in den Spiegel blicken, eine von harten Behörden auseinandergerissene und um ihre besten Jahre gebrachte Familie aber kann endlich aufwachen aus einem fast acht Jahre währenden Alptraum.

Wäre es nach CDU-Innenminister Uwe Schünemann gegangen, dann hätte es auch jetzt noch keinen Weg gegeben zur Wiedervereinigung der Familie von Ahmed Siala, Gazale Salame und ihren vier Kindern. Doch selbst in Zeiten größter Politikverdrossenheit finden sich manchmal wider Erwarten gute Politiker zusammen, die quer über die Parteigrenzen hinweg einfach nur den Wunsch haben, ein großes Unrecht aus der Welt zu schaffen.

Und dann kann es tatsächlich so kommen wie an diesem Freitag, als der Landtag von Hannover einstimmig die Landesregierung auffordert, einer Mutter und ih-

ren beiden jüngsten Kindern den Weg zurück zu ebnet. Aus der Türkei, wo sie nicht hingehören, nach Hildesheim zum Vater und zu den beiden älteren Kindern. Wo sie hingehören. Schünemann selbst stimmte im Landtag nicht mit – er war dienstlich verhindert. Auf der Innenministerkonferenz in Rostock ging es allerdings auch um wichtige Asylfragen.

Eine lange Trennung wird damit wohl zu Ende gehen. Begonnen hatte sie an einem Wintertag, früh am Morgen. Ahmed Siala brach gerade die Töchter Amina und Nura zur Schule, als die Polizei mit dem Abschiebebefehl kam. Aufgrund einer Anordnung des Landkreises Hildesheim war die zu der Zeit schwangere Gazale Salame abzuholen und in die Türkei zu verfrachten. 17 Jahre hatte sie in Deutschland gelebt, aber nun ging es ruckzuck. Kaum dass sie das jüngste Kind noch mitnehmen durfte, die zweijährige Shams.

Ahmed Siala und Gazale Salame hatten in den Achtzigerjahren zusammen mit ihren Familien als Flüchtlinge aus Beirut in Niedersachsen Bleiberecht erhalten. Später hieß es jedoch, die Familien hätten sich als „Scheinlibanesen“ ihr Bleiberecht durch eine Täuschung erschlichen, sie seien in Wahrheit Türken.

Obwohl Ahmed Siala und Gazale Salame zum Zeitpunkt ihrer Flucht nach Deutschland kleine Kinder waren, sollten sie für ein lange zurückliegendes, angebliches Vergehen ihrer Eltern büßen, und das hieß: Abschiebung. Bei Gazale Salame wurde sie am 10. Februar 2005 vollzogen.

Flüchtlingspolitik ohne Gnade – und daran änderten auch die vielen Appelle nichts, die über die Jahre in Hannover eingingen. Mochte die Abgeschobene in Izmir an Depressionen leiden und in Suizidgedanken schweben, Minister Schünemann zeigte kein Herz und Ministerpräsident David McAllister ebenfalls nicht. Bis endlich die Stunde der Abgeordneten schlug.

## Ahmed Siala und Gazale Salame sollten für ein Vergehen ihrer Eltern büßen

Ob diese Wende der CDU im Landtagswahlkampf noch Pluspunkte bringt, muss allerdings bezweifelt werden. Denn nun kommt in den Medien alles wieder hoch, was im christlichen Namen dieser Partei der Familie angetan wurde. Dazu ist ein Minister zu besichtigen, der inzwischen den eigenen Parteifreunden offenbar so un-

heimlich ist, dass die ihn jetzt schon zum zweiten Mal zwingen mussten, von seinem rigorosen Kurs abzuweichen.

Das erste Mal war das im Fall der vietnamesischen Familie Nguyen. Auch da hatte der Minister nach einer Abschiebung die Empörung in der Öffentlichkeit und in seiner Partei unterschätzt. Seinerzeit ließ er die Familie bereits nach einer Woche aus Hanoi zurückholen.

Diesmal hat Schünemann sehr viel länger Widerstand geleistet, umso bitterer dürfte es für ihn sein, dass er abermals als Verlierer dasteht. Erklären mochte er seine Kapitulation jedoch nicht. Bei der Debatte am Freitag war er gar nicht erst gekommen, sondern hatte seine Kollegin, Sozialministerin Aygül Özkan, die Position der Landesregierung erläutern lassen.

Ob Ahmed Siala, Gazale Salame und die vier Kinder die Sieger sind, muss sich erst noch zeigen. Die Trennung hat die Familie großem Stress ausgesetzt, und sie wird psychologische Hilfe brauchen, um wieder zueinanderzufinden. Allein der kleine Ghazi, den die Mutter nach der Abschiebung in der Türkei geboren hat: Er ist jetzt sieben Jahre alt, aber er kennt zwei seiner Geschwister nicht, und bei seinem Vater auf dem Schoß gesessen hat er: noch nie.

## Das nächste Finanzloch

Berlins künftiger Großflughafen wird immer teurer

Berlin – Es geht um eine Viertelmilliarde Euro, um das nächste Loch in der Flughafenkasse und um die Frage, wie es gestopft werden soll. Bei der Sitzung des Aufsichtsrats der Berliner Flughafengesellschaft am Freitag standen erneut ungeklärte Finanzierungsfragen im Mittelpunkt – und die Verärgerung einiger Aufsichtsräte, dass diese nicht früher bekannt wurden.

„Die Stimmung ist angespannt“, hieß es vor der Sitzung, die bis in den Abend andauerte. „Es gibt insbesondere in Berlin sehr großes Unverständnis, warum Herr Amann nicht früher gesagt hat, dass weitere Baukosten anfallen.“ 250 Millionen Euro mehr hat der Flughafenaufsichtsrat am Freitag bewilligt, um offene Rechnungen von Baufirmen zu begleichen und sie zur Fertigstellung des Flughafens bis Oktober 2013 zu bewegen. Einige Firmen weigern sich, weitere Leistungen zu erbringen, solange ihre Forderungen nicht alle beglichen werden. Andere pokern hoch und verlangen für termingerechte Restleistungen hohe Summen, weil der Flughafen unter Zeitdruck steht. Seit Mai liegt die Arbeit so gut wie brach. Sie kann nur mit erheblichen Mitteln fortgesetzt werden. „Ich hätte mir gewünscht, dass wir schon mehr Bauarbeiten sehen“, sagte Technikchef Horst Amann nach einer Baustellenbesichtigung der Aufsichtsräte. Trotz zusätzlicher Baukosten sollen die derzeitigen Gesamtmehrkosten von 1,2 Milliarden Euro nicht überschritten werden. Wo es noch Finanzpuffer geben soll, blieb offen.

Die zusätzlichen Baukosten in dreistelliger Millionenhöhe, die offenbar zunächst übersehen und dann nur widerstrebend realisiert wurden, erregen besonders im Bundesverkehrsministerium Unmut. Der Bund soll 312 Millionen Euro für den Flughafenbau nachschießen, die Mittel hat der Bundestag noch nicht freigegeben. Nun gibt es Befürchtungen, dass es bei den derzeitigen Mehrkosten nicht bleibt. Flughafengeschäftsführer Rainer Schwarz, der diese Woche im Bundesverkehrsministerium vorgeladen war, habe Fragen nach der Belastbarkeit des Finanzplans nicht beantwortet, hieß es. „Er wand sich, er wich aus und verwies mehrfach auf den Aufsichtsrat, der dies bewerten müsse“, sagte ein Teilnehmer der Runde. Auch habe Schwarz nicht erklärt, „aus welchen Töpfen er das Geld nehmen will“.

Auf der Sitzung am Freitag wurde auch das derzeit bei der EU-Kommission in Brüssel laufende Notifizierungsverfahren für weitere Zuschüsse diskutiert. Man rechnet in wenigen Wochen mit einer Entscheidung, hieß es. Thema der Sitzung in Berlin waren zudem die aktuellen Brandschutztests auf der Baustelle. Dort werden bis Februar verschiedene Brandschutzszenarien mit Rauchgas durchgespielt. Die ersten Tests seien „ganz gut gelaufen“, hieß es in

## Der Bund soll 312 Millionen Euro nachschießen, der Bundestag hat das Geld noch nicht freigegeben

Aufsichtsratskreisen. Die Klappen der problematischen Entrauchungsanlage wurden bei den Tests allerdings nur per Hand bedient. Der elektronische Schaltplan der Anlage wird noch geschrieben, bis Weihnachten werde der Plan nicht mehr fertig, hieß es auf der Baustelle. Vor Jahresende könnten daher auch die Bauarbeiten nicht wieder mit voller Kraft anlaufen. Man sei schon froh, sagte ein Experte, wenn bis Weihnachten die schwierigen Verhandlungen mit den Baufirmen abgeschlossen seien. CONSTANZE VON BULLION



Der Weg bis zur Fertigstellung des Flughafens ist noch lang.

FOTO: DPA

## Zentrales Register für V-Leute

Innenminister beschließen Reform des Verfassungsschutzes

Rostock – Als Reaktion auf die jahrelang unentdeckte Mordserie des NSU haben die Innenminister eine Reform des Verfassungsschutzes auf den Weg gebracht. Zu den Kernpunkten zählen einheitliche Standards für den V-Leute-Einsatz, wie die Ressortchefs am Freitag zum Abschluss ihrer Konferenz in Rostock mitteilten. Angestrebt werden auch eine verbesserte Zusammenarbeit von Bundes- und Länderbehörden sowie stärkere Kontrollrechte der Parlamente. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) kündigte an, Bund und Länder wollten die Verfassungsschutzbehörden zum Informationsaustausch verpflichten. NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) sprach in diesem Zusammenhang von einem „Meilenstein“ in der Arbeit der Verfassungsschutzbehörden, wofür jedoch ein „Mentalitätswandel“ in der Arbeitsauffassung der Mitarbeiter erforderlich sei. Laut Jäger soll zudem die zentrale Stellung des Bundesamts für Verfassungsschutz festgeschrieben werden. Dort sollen Länder-Informationen zusammenlaufen, ausgewertet und in die Länder „zurückgespiegelt“ werden.

## Informanten müssen künftig eine Probezeit bestehen

Die Richtlinien für die Auswahl und die Führung von Informanten des Verfassungsschutzes, sogenannten V-Männern, sollen nach dem Willen der Innenminister bundesweit von 2013 an einheitlich festgeschrieben werden. Dafür soll ein zentrales V-Mann-Register beim Bundesamt für Verfassungsschutz eingerichtet werden. So soll niemand mehr V-Mann werden, der erhebliche Straftaten begangen hat oder der in der Spitze einer beobachteten Organisation tätig ist oder diese sogar führt. Bei den V-Leuten soll es künftig eine Probezeit von mindestens sechs Monaten geben, ihre Führer sollen jeweils nach fünf Jahren wechseln. Honorare des Staates sollten künftig „objektiv nachvollziehbar und dokumentiert“ werden. Die V-Männer sollen auch deshalb bundesweit in dem Register verzeichnet werden, damit die Verfassungsschutzbehörden untereinander wissen, „wer wen führt“, sagte Friedrich. Jäger sagte, es solle auch besser geprüft werden, ob der Einsatz eines V-Mannes „verhältnismäßig“ ist.

Auf Kritik stieß der Beschluss bei Grünen und Linken. „Bloße Reformen wie geplant reichen nicht nach dem kompletten Versagen des Verfassungsschutzes“, betonte der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele. „Dieser gehört vielmehr aufgelöst und darf in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden.“ Die Linken-Abgeordnete Petra Pau kritisierte, der „zentrale Versager in der NSU-Nazi-Mordserie, der Verfassungsschutz, soll verbal aufgehübselt werden“. „Aber ‚geheim und ‚transparent‘ bleiben ein unveröhnlicher Widerspruch – einer Demokratie abträglich.“ Auch der Bundesdatenschutzbeauftragte Peter Schaaf ist unzufrieden: „Das ist Stückwerk.“ sz ▶ Seite 4

## Lammert: NPD-Antrag besser bleiben lassen

Berlin – Die Bundesländer haben mit ihrer Entscheidung für ein neues NPD-Verbotsverfahren zunächst keine breite Unterstützung gefunden. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sprach sich am Freitag klar gegen eine Beteiligung des Parlaments aus. Das von den Bundesländern angestrebte Verbotverfahren sei „nicht durchdacht“, sondern lediglich ein Reflex auf die Mordserie der Neonazis. Kanzlerin Angela Merkel hatte bereits am Donnerstag unmittelbar nach dem Votum der Länder angekündigt, die Bundesregierung werde erst bis März 2013 entscheiden, ob sie das Verfahren mitträgt. Notfalls wollen die Länder alleine gegen die rechtsextreme Partei vor das Bundesverfassungsgericht ziehen. Die Ministerpräsidenten hatten sich am Donnerstag bei einem Treffen in Berlin geschlossen für einen neuen Verbotantrag ausgesprochen. Der offizielle Beschluss soll kommenden Freitag im Bundesrat fallen. Formal genügt der Antrag eines einzigen Verfassungsgremiums – also von Bundesrat, Bundestag oder Bundesregierung. Die Länder hoffen aber auf einen gemeinsamen Vorstoß.

Der oberste Repräsentant des Bundestages machte ihnen wenig Hoffnung darauf. Lammert äußerte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* Zweifel, ob die von den Länderinnenministern vorgelegte Materialsammlung mit belastenden Belegen gegen die NPD für ein Verbot ausreiche. Auch die juristischen Begründungen leuchteten ihm nicht ein. „Man soll es besser bleiben lassen“, riet er. Es bestehe zudem das große Risiko, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein NPD-Verbot aufheben könnte. Der politische Einfluss der NPD sei „selten so gering wie heute“ gewesen. Eine akute Bedrohung der Demokratie, wie es die europäische Rechtsprechung fordere, könne für Deutschland nicht plausibel erklärt werden. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Kurt Beck (SPD), kontierte am Freitag: „Ich schätze Herrn Lammert sehr, aber das ist eine Ungehörigkeit. Wir haben nicht aus der Hüfte geschossen. Wir haben akribisch gearbeitet. Bei der NPD werden Reden gehalten, in denen werden Menschen mit schwarzer Hautfarbe mit verbrannten Bratwürsten verglichen.“ Sollte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ein solches Verbot kippen, „dann verstehe ich die Welt nicht mehr.“ REUTERS, SZ

## Ein Foto

Charles M. Huber zeigt sich auf dem CDU-Parteitag

Er genießt es, mal wieder unterwegs zu sein. Hände zu schütteln. Fotos zu schießen und zu plaudern mit Fans. Oder sind es Parteifreunde? Wahrscheinlich: beides. Auf dem CDU-Parteitag in Hannover kann Charles Huber am Dienstag dieser Woche jedenfalls einfliegen, was er gelernt hat in den vergangenen Monaten. Da büffelte er, der gebürtige Münchner, hessische Kommunalpolitik. Zuerst mit Sorgen: „Wie schaffe ich das, mir das alles einzuverleiben?“ Nicht, dass es als Politiker mit Auswendiglernen getan wäre. Doch so ganz fremd ist das für einen Schauspieler ja nicht: sich stundenlang in fremde Texte zu versenken. Inzwischen ist er im Stoff.

Huber sitzt am CDU-Stand vor dem Saal, dort spricht er über Kinderbetreuung und die Rede der Kanzlerin. „Merkel definiert sich über Inhalte, deswegen mag ich sie“, sagt er, lobt „die leisen Töne“, die „Zwischentöne und Pausen“. Im Prinzip mag er die Zurückhaltung der Parteivoritzenden, wenn es um ihre Verdienste geht. „Es ist ein niederbayerisches und christliches Erziehungskonzept, dass man sich in Selbstdarstellung zurückhält“, sagt Huber. Einerseits. Andererseits gefällt ihm aber auch, wie Merkel in Hannover ihre Regierung erneut die erfolgreichste seit der Wiedervereinigung nennt. „Sie könnte ruhig mehr aus sich herausgehen.“

Das Gespräch wird unterbrochen. „Mein Abgeordneter hätte gerne ein Foto“, bittet einer. Drei CDU-Frauen hören gar nicht auf zu knipsen. Huber entschuldigt sich für die Unterbrechung. Aber er freut sich auch, dass die CDU ihn so erkennbar will, hier auf dem Parteitag ebenso wie in Darmstadt. Schließlich war nicht von vornherein klar, dass sie ihn in Darmstadt mit 94 Prozent als Bundestagskandidaten nominieren würde, ihn, den Bayern, den Ex-Sozi, den Schauspieler. Huber gibt an, dass er in der Stadt nun zwei Spitznamen hat. Der erste: „Bayerischer Heiner“. Dazu muss man wissen, dass der Darmstädter als solcher den Spitznamen „Heiner“ trägt, aber nur, sofern er dort geboren ist. Huber sagt, das zeige, wie integriert er schon sei. Der zweite Spitzname: „Bayerischer Obama“. Weil er dieselbe Hautfarbe hat. Na gut, ein bisschen hochgegriffen, findet der Kandidat auch.

Auf CDU-Parteitag war Huber schon oft, sagt er. Schließlich habe er Merkel

schon im Wahlkampf 2009 unterstützt. Er sitzt meistens vor den Delegierten, im Gästeblock; in Hannover ist sein Platz in der zweiten Reihe. Die hessische CDU, zu der Huber jetzt gehört, sitzt ein paar Reihen weiter hinten. Er hat sich nicht darum beworben, zum Delegierten gewählt zu werden, er fragt sich, ob er das automatisch sein werde, falls ihm der Einzug in den Bundestag gelingt. Er ist hier, um die Debatten

## DER WEG NACH BERLIN

Drei Frauen, vier Männer, ein Ziel: der Bundestag. Eine SZ-Serie



Charles M. Huber

anzuhören, die Beschlüsse zu kennen, die Stimmung in der Partei zu spüren, Termine abzusprechen. Netzwerken wolle er nicht. Braucht er auch nicht, die meisten Leute kennen ihn sowieso.

Als sie über steuerliche Gleichstellung homosexueller Paare diskutiert, ist dieser Zuhörer aber schon weg, Termine in Berlin. Er hat auch wenig geschlafen, der Tag zuvor war sein Geburtstag, der bayerische Heiner wurde 56. Er hat ihn mit seinem jüngsten Sohn in Berlin gefeiert. Sie waren im Augustiner. SILKE BIGALKE

► Die gesamte Serie in der Digitalen Ausgabe der SZ und auf [www.sueddeutsche.de/derwegnachberlin](http://www.sueddeutsche.de/derwegnachberlin)